

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 16.10.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:27 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | |
|----------------------------------|-------------------------------------------|
| Herr Andreas Scholtyssek | Ausschussvorsitzender |
| Herr Christoph Bernstiel | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Herr Eberhard Doege | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Herr Gernot Töpfer | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| | anwesend bis 19:05 Uhr |
| Herr Dr. Erwin Bartsch | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat |
| | Halle (Saale) |
| Frau Josephine Jahn | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat |
| | Halle (Saale) |
| Frau Marion Krischok | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat |
| | Halle (Saale) |
| Herr Klaus Hopfgarten | |
| Herr Gottfried Koehn | SPD-Fraktion Halle (Saale) |
| Frau Yvonne Winkler | Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM |
| | |
| Frau Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Herr Stefan Busse | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Fabian Eicker | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Lars Juister | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Hans-Jürgen Krause | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Werner Misch | Sachkundiger Einwohner |
| Frau Frigga Schlüter-Gerboth | Sachkundige Einwohnerin |
| | anwesend bis 20:20 Uhr |
| Frau Dr. Regina Schöps | Sachkundige Einwohnerin |
| Herr Stefan Schulz | Sachkundiger Einwohner |
| | |
| Herr Uwe Stäglin | Beigeordneter |
| Frau Martina Wildgrube | Verwaltung |
| Herr Tobias Teschner | Verwaltung |
| Frau Kerstin Ruhl-Herpertz | Verwaltung |
| Frau Rita Lachky | Verwaltung |
| | |
| Frau Katrin Flint | Verwaltung |

Entschuldigt fehlen:

| | |
|------------------------------|-------------------------------------------|
| Herr Marcel Kieslich | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat |
| | Halle (Saale) |
| Herr Dr. Rüdiger Fikentscher | SPD-Fraktion Halle (Saale) |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wurde von **Herrn Scholtyssek, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Herr Scholtyssek stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Misch, sachkundiger Einwohner, merkte an, dass ein Teil der Haushaltsunterlagen nicht fristgerecht zugegangen sei. **Herr Scholtyssek** sagte, den Haushalt heute in erster Lesung zu beraten.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, empfahl den TOP

4.2. Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00053

und

4.3. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00078

vor dem TOP

4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den
Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158

zu behandeln.

Herr Scholtyssek machte auf einen redaktionellen Fehler aufmerksam und empfahl, den TOP 8 Mitteilungen vor dem TOP 7 Beantwortung von mündlichen Fragen zu ziehen. Es gab keine Einwände seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Jahn, DIE LINKE / Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), stellte im Namen der Fraktion den TOP

5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602

zurück.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), stellte zum TOP

5.2. Antrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Entwicklung eines Konzeptes zur Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen
Vorlage: VI/2014/00111

den Geschäftsordnungsantrag nach § 9 Abs.1, Buchstabe i, auf Nichtbehandlung wegen Unzuständigkeit. **Herr Scholtyssek**, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum mit dem Ergebnis einer mehrheitlichen Ablehnung.

Die Stadträtinnen und Stadträte stimmten mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich nicht für die Absetzung des TOP 5.2 von der Tagesordnung.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2014
4. Beschlussvorlagen
- 4.2. Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00053
- 4.3. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00078
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602 **zurückgestellt**
- 5.2. Antrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Entwicklung eines Konzeptes zur Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen
Vorlage: VI/2014/00111
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Baumfällliste
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2014**

Der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 11.09.2014 wurde einstimmig zugestimmt.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.2 **Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2014/00053**

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, führte in die Beschlussvorlage ein. Sie sagte, die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) und die Abfallwirtschaftsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale), gemeinsam behandeln zu wollen.

Sie führte weiter aus, dass die Vorlage einen Vorlauf von einem Jahr habe; die Satzungen wurden intensiv mit den Fraktionen vorbereitet, man habe viele Gespräche geführt, und alle Ergebnisse seien in die Satzungen eingeflossen. Frau Ruhl-Herpertz wies auf das Austauschblatt hin, welches lediglich eine redaktionelle Änderung enthält. Im Rahmen der Beschlussvorlage, soll auch über Sammlung von Elektroaltgeräten beschlossen werden. Frau Ruhl-Herpertz führte weiter aus, die im Vorfeld gestellten Fragen von Herrn Scholtyssek mit beantworten zu wollen.

Herr Scholtyssek fragte zu § 1 Abs. 4 der Abfallwirtschaftssatzung der Halle (Saale), in der es heißt: „Die Abfallberater sind berechtigt, zur Überwachung des Getrennthaltens und der Verwertung von Abfällen, Grundstücke zu betreten, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen.“ . Frau Ruhl-Herpertz verwies auf § 19 Abs. 1 KrWG, wo dies geregelt ist.

Herr Scholtyssek fragte weiter, warum im § 24 Abs. 6 Gewichtsgrenzen angegeben sind. Frau Ruhl-Herpertz erklärte, Hintergrund ist die Leitfassung des Deutschen Städtetages, welche empfiehlt, Gewichtsgrenzen in die Abfallwirtschaftssatzung aufzunehmen.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte nach, durch wen die Kontrollen erfolgen sollen, denn auf den Fahrzeugen selbst sind keine Wiegeeinrichtungen vorhanden. Er schlägt vor, aus der Vorschrift eine Soll-Vorschrift zu machen: „Das Gesamtgewicht der Abfallbehälter soll folgende Höchstwerte nicht überschreiten [...]“.

Herr Misch, sachkundiger Einwohner, sprach sich für den Vorschlag von Herrn Doege aus, denn eine Vorschrift, die nicht kontrollierbar und durchsetzbar ist, sei nicht praktikabel.

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte, ob die Fahrzeuge mit Wiegetechnik ausgerüstet sind oder ob dies ggf. technisch möglich ist und in naher Zukunft geschehen könnte.

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, antwortete, dass diese Variante ausführlich mit den Fraktionen diskutiert worden sei und man habe sich aus guten Gründen dagegen entschieden - aus technischen und finanziellen.

Herr Schulze, Geschäftsführer HWS, sprach sich gegen die Änderung zur Soll-Vorschrift

aus; die Formulierung soll so belassen werden, um im Einzelfall, wenn es zu Verdichtungen kommt, gegen den Einzelnen einschreiten zu können, erst dann muss ein Kontrollwiegen erfolgen.

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, ging auf die dritte Frage von Herrn Scholtyssek ein. Er fragte, wie oft von der Sperrmüllentsorgung über Karten Gebrauch gemacht wurden ist, welche Aufsummierung / Jahr sich ergibt und welchen Einfluss das auf die Gesamtgebühr hat. Frau Ruhl-Herpertz erklärte, in 2013 wurden 7201 Aufträge über Abholkarten und 1133 ohne Abholkarten erteilt; im Paket ist von einer Tonnage von 3414 t Sperrmüll insgesamt die Rede; 1980t wurden zusätzlich an Wertstoffmärkten abgegeben.

Der Anteil für die Sperrmüllentsorgung in der pauschalen Personengebühr beträgt 5,34€ pro Person / Jahr. Eine Abschaffung dieser Regelung würde sich negativ auswirken, da sonst mit einem Aufschrei aller Wohnungsunternehmen zu rechnen ist, denn die Lagerung des Sperrmülls würde in den Kellerräumen der Mietobjekte erfolgen. Frau Ruhl-Herpertz empfahl das System so beizubehalten.

Sie führte weiter aus, im Zusammenhang mit den Depotcontainern, wird aktuell ein abgestimmtes Standortkonzept erstellt. Die Mitteilung liegt den Ausschussmitgliedern vor. Zur Abfallgebührensatzung ergänzte **Frau Ruhl-Herpertz**, sei folgendes zu sagen: Durch Einsparungen, insbesondere im Logistikbereich, können jetzt schon 372.500 €/Jahr eingespart werden, wodurch die Restmüllgebühr stabil bleibt. Veränderungen gibt es bei der Personengebühr von 17,40 € auf 18,60 € (Gebühr bei der Berücksichtigung der Eigenkompostierung) und von 25,20 € auf 26,40 € (Gebühr bei Nutzung der Biotonne). Gründe liegen hauptsächlich in der Problematik des Altpapiers, da die Sammelmengen und die Erlöse zurückgegangen sind.

Herr Misch, sachkundiger Einwohner, sprach sich für die Beibehaltung des bisherigen Sperrmüllsystems aus.

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Anlage 3 auf Seite 21 - Kosten der Abfallentsorgung, warum ab 2015 keine Erlöse aus dem Umweltkalender mehr auftreten.

Frau Ruhl-Herpertz erklärte, der Umweltkalender soll eingestellt werden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte, Aufwand und Kosten müssen gerechtfertigt sein, denn die Gebühren werden von allen getragen; die Informationen aus dem Umweltkalender sollen auf einem anderen Weg an die Öffentlichkeit transportiert werden.

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, fragte, ob der Umweltkalender nicht für einen höheren Preis abgegeben werden könnte, damit er weiter existieren kann.

Herr Stäglin, stellte in Frage, ob bei einer Erhöhung der Gebühr von 1 € auf 3 € noch sichergestellt ist, dass eine Abnahme des Kalenders erfolgt.

Herr Doege empfahl, den Gebührentarif, welcher in der Anlage erhalten ist, zum Bestandteil der Gebührensatzung, zu machen.

Herr Scholtyssek, fragte wie die Entsorgung von Altmedikamenten geregelt ist.

Frau Franz, Verwaltung, sagte, diese Thematik wird bundesweit diskutiert, eine einheitliche verbindliche Regelung gibt es nicht; die Argumentation des BMU ist: Altmedikamente können problemlos über den Restmüll entsorgt werden, wenn dieser in einer

Müllverbrennungsanlage behandelt wird. Keinesfalls gehören sie aber ins Abwasser. Deshalb regelt die Stadt Halle, dass Altmedikamente am Schadstoffmobil abzugeben sind, da der städtische Müll keiner Müllverbrennungsanlage zugeführt wird.

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, regte an, dies in der Öffentlichkeit noch einmal zu publizieren, da es sicherlich überwiegend nicht bekannt ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Scholtyssek bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Diese stimmten der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)

zu 4.3 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00078

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, diese stimmten einstimmig der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale).

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, empfahl die folgende Reihenfolge bei der ersten Lesung zum Haushalt:

Marktwesen, FB Sicherheit, FB Einwohnerwesen und FB Umwelt.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), sagte, die Darstellungsform in Mandatos ermöglicht es nicht, zu den jeweiligen Haushaltsprodukten zu springen, sodass ein Arbeiten sich als schwierig gestaltet. Er regte an, zur 2. Lesung die jeweiligen Produkte separat in Session einzustellen. **Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sagte, bei der digitalen Version des Haushaltes, ist die Auftragsgrundlage nicht markiert.

Frau Krischok, DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), sagte, die Fraktion habe darum gebeten, dass in allen Ausschüssen vorab etwas zu den geplanten Gutachten gesagt wird. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte zu, dass bis zur 2. Lesung die IST Zahlen aufbereitet werden.

Marktwesen

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zu Seite 716, ob das Negativsaldo so hoch sein muss und ob es seitens der Verwaltung angedacht ist, sich bei den Märkten bestimmten Einschränkungen zu unterziehen, z.B. am Wochenmarkt Vogelweide.

Herr Reichardt, Leiter Dienstleistungszentrum Veranstaltungen, antwortete, der Markt Vogelweide habe eine schlechte Auslastung, im Schnitt mit 1,5 Händlern, dadurch mit bedingt der hohe Negativsaldo. Es wird eine Überarbeitung der Marktsatzung geben, inbegriffen einer Neukalkulation der Gebühren. Im Rahmen der Überarbeitung werden Vorschläge mit unterbreitet, wie künftig die Durchführung der 3 Wochenmärkte erfolgen wird.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zu Seite 715, wie bei den Märkten die großen Unterschiede in den Jahren zustande kommen, am Bsp. des Wochenmarktes Marktplatz.

Herr Reichardt erklärte, dies hänge mit den höheren Aufwendungen zusammen (höhere Personalkosten, höhere sonstige Aufwendungen), welche nachweislich belegt werden können.

Frau Krischok bat um entsprechende Darlegung.

FB Sicherheit

Herr Teschner, Fachbereichsleiter Sicherheit, machte Ausführungen zum Haushalt. Er sagte, mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist die Einsatzfähigkeit abgesichert. Auffällig ist der Aufwuchs bei den Personalaufwendungen, resultierend aus der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes mit 17 Stellen. Vorgesehen sind auch die notwendigen Investitionen, wie fünf Rettungswagen, zwei Notarztwagen, zwei Krankentransportwagen, ein Einsatzleitwagen, drei Löschfahrzeuge für die Freiwilligen Feuerwehren, die Ankopplung des Digitalfunkes, ein Gerätehaus bei der Freiwilligen Feuerwehr Trotha und der Abschluss der Sanierungsarbeiten Südwache.

Frau Bohm-Eisenbrandt, fragte zu Seite 192, Zeile 6, woher die steigenden Kosteneinnahmen beim fließenden Verkehr resultieren. **Herr Teschner** erklärte, dies hänge mit den städtischen Blitzereinrichtungen zusammen.

Herr Doege sagte zu Seite 197, dass ein Rückgang von Straßenbaumaßnahmen schwierig nachvollziehbar ist und er bittet hier um Prüfung. **Herr Schumann, Verwaltung**, sagte eine Prüfung zu.

Frau Krischok, bezog sich auf den Brandschutz, auf Seite 207, Zeile 13 und bittet um Konkretisierung der Transferaufwendungen von -6200 €. Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Doege, fragte zum Rettungsdienst auf Seite 215, Zeile 25, woher der Negativsaldo im Ansatz 2015 i.H.v. -285,500 € resultiert. Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Doege, fragte zum Brandschutz auf Seite 231, zum Ansatz 2016, ob es schon Verpflichtungsermächtigungen gibt. Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

FB Einwohnerwesen

Frau Bohm-Eisenbrandt, bezog sich auf Seite 319, Bürgertelefon und bat um Erläuterung der Zusammenhänge der steigenden Annahmekquote und den entgegenstehenden sinkenden Personalkosten.

Frau Lachky, Fachbereichsleiterin Einwohnerwesen, erklärte, im Bereich Bürgertelefon wurde eine KW-Stelle eingerichtet, hinzukommen die in Anspruch genommenen Teilzeitverträge, welche sich auf 2,5 Stellen auswirken. In Bezug auf die Personalausstattung ist man nicht optimal aufgestellt, man versuche aber trotzdem die Leistung, mit Hilfe von Praktikanten und Auszubildenden, aufrecht zu erhalten.

Frau Krischok, fragte zu Seite 328, was hierbei unter freiwilliger Aufgabe zu verstehen ist. **Frau Lachky** verwies auf den Studentenbonus und auf die Bürgermappe.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zu Seite 334 – Bürgerservice FB 33, Aufenthaltsregelung Ausländer/Asylbewerber, warum ein sinkender Personalbedarf (sinkende Personalkosten) zu verzeichnen sind.

Frau Lachky sagte, in dem Bereich sei eine KW-Stelle vorhanden; im Zusammenhang mit den steigenden Fallzahlen ist in der Ausländerbehörde eine Organisationsuntersuchung geplant. Ziel ist eine Überprüfung, ob eine Änderung im Personalbedarf notwendig ist.

FB Umwelt

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, führte anhand einer Präsentation, in den Haushalt des Fachbereichs Umwelt ein. Er wies darauf hin, dass diese Präsentation im Ratsinformationssystem hinterlegt wird.

DLZ Klimaschutz

Herr Scholtyssek fragte, warum die Personalkosten steigen, obwohl laut Stellenplan eine Stelle weniger zu verzeichnen ist.

Herr Zwick, Leiter DLZ Klimaschutz, antwortete, dass es sich um eine befristete Stelle handelt, welche nie besetzt wurde.

Frau Schlüter-Gerboth, sachkundige Einwohnerin, fragte, warum ein Anstieg der Personalkosten zu verzeichnen ist. **Herr Stäglin** erklärte, dies resultiert aus einer veränderten Zuordnung im Stellenplan 2014, sowie Tarifierhöhungen.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zu Seite 357, Ziele und Kennzahlen des Produktes, warum keine Fortschreibung der Zahlen ab 2015 erfolgt.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zu Minderaufwendungen bei der Öffentlichkeitsarbeit, was konkret nicht mehr gemacht werden kann. Er fragte weiter zu den Minderaufwendungen bei der Unterhaltung.

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, erklärte, Minderaufwendungen bei der Unterhaltung beziehen sich auf Glascontainerstellflächen, bei denen durch eine vertragliche Optimierung bessere Konditionen erreicht wurden. Frau Ruhl-Herpertz sagte eine schriftliche Beantwortung der ersten Frage zu.

Herr Bernstiel, fragte zu Seite 365, Zeile 14, was gestrichen wird, was zukünftig entfällt. **Frau Ruhl-Herpertz** erklärte, aus dieser Position arbeiten die Unteren Behörden heraus, z.B. finden lufthygienische- und schallschutztechnische Untersuchungen statt, Bodenschutzgutachten bzw. Altlastenuntersuchung. An dieser Stelle wird man sich zurück nehmen müssen.

Herr Doege fragte zu Seite 371, warum die haushaltsneutrale Investitionsmaßnahme Wertstoffcontainerplätze als Negativsaldo ausgewiesen ist.

Frau Ruhl-Herpertz sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zu Seite 378, Einsparung bei der Unterhaltung von Grünflächen und Parkanlagen, wie sich das konkret gestalten soll.

Herr Stäglin erklärte, dies mit einer Reduzierung von Pflegeintensitäten und von Bearbeitungstakten.

Herr Bernstiel fragte nach welchen Kriterien vorgegangen wird und ob eine Übersicht über Brennpunkte erstellt werden könnte.

Herr Stäglin sagte, künftig werde verstärkt das Instrument von Pflegepatenschaften genutzt, für welche die Bürgerschaft über entsprechende Werbekampagnen gezielt geworben werden sollen.

Frau Jahn, DIE LINKE / Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte zu Seite 382, Minderaufwendungen bei der Unterhaltung der Spielplätze -50T €, wie man die Sicherheitsstandards gewährleisten kann.

Herr Rost, Abteilungsleiter Stadtgrün, sagte, in der Novembersitzung wird dazu eine Berichterstattung erfolgen.

Herr Doege fragte zu Seite 386, ob aufgrund der rückläufigen Belegung auf den Friedhöfen, ein Belegungskonzept/ Pflegekonzept erarbeitet wird.

Frau Ruhl-Herpertz erklärte, ein solches Konzept ist in Arbeit.

Herr Doege, fragte zu Seite 388, Pacht in Jagdgebieten, ob es einheitliche Vorschriften gibt.

Herr Rost erklärte, die Pachteinnahmen orientierten sich am Markt, sie sind unterschiedlich veranlagt und mit den Jagdpächtern abgestimmt.

Herr Koehn, SPD-Fraktion Halle (Saale), möchte wissen, wie viele Jagdgebiete es gibt und welche die preislich Wertvollsten sind. Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Doege fragte zu Seite 401, Beschaffung eines Baggers. **Herr Rost, Abteilungsleiter Stadtgrün**, erklärte, die Abteilung Stadtgrün unterliegt einem gewissen Wandel, es kommen neue Aufgaben hinzu, resultierend daraus muss man im technischen Bereich besser aufgestellt sein. Bewirtschaftet werden vorwiegend die Hauptdepots.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

Herr Stäglin bat darum, weitere Fragen zum Haushalt schriftlich einzureichen.

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, bat darum, dass zur 2. Lesung die IST-Zahlen vorliegen und nur mit Vorlage dieser der Haushalt beraten wird.

Abstimmungsergebnis: beraten
1. Lesung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2015 mit dem Haushaltsplan 2015.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis.

**zu 5.2 Antrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Entwicklung eines Konzeptes zur Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen
Vorlage: VI/2014/00111**

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, führte in den Antrag ein.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), sprach sich gegen den Antrag aus und begründete, dass dann auch eine Berücksichtigung und Einbeziehung des Digitalfunkes, GPS Strahlen, Radiowellen und W-Lan erfolgen muss.

Herr Koehn, SPD-Fraktion Halle (Saale), fragte, was unter -Mobilfunkfreier Zone- zu verstehen sei. **Frau Winkler** definierte -Mobilfunkfreie Zone- als Bereich in der eigenen Wohnung, der nicht mit den ganzen externen Strahlen belastet wird. Sie betonte, ihr gehe es darum, Doppelungen und Überlagerungen von Mobilanbietern zu vermeiden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, diese mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. **nach vorliegenden Informationen zu geplanten Errichtungen/ Erweiterungen von Mobilfunksendeanlagen, gemäß §§ 7, 7a der „Verordnung über elektromagnetische Felder in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2013“, alle Anwohnerinnen und Anwohner im Umkreis von 0,5 km schriftlich oder durch eine geeignete Informationsveranstaltung über Standort, Umfang und Zeitpunkt der Errichtung der Anlage in Kenntnis zu setzen sowie bei Anwohnerprotesten - die über Einzelfälle hinausgehen - im Dialogverfahren mit dem Netzbetreiber eine Änderung des Standortes, eine Verteilung auf mehrere Standorte oder eine andere Gestaltung (z. B. Leistungsreduzierung der einzelnen Einheiten) auszuhandeln.**
2. die geänderte obergerichtliche Rechtsprechung zur Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen umzusetzen (Urteil des BVerwG vom 30.08.2012 - 4 C 1/11), indem sie ein Konzept erarbeitet, das den halleschen städtebaulichen Ordnungsvorstellungen Rechnung trägt.

3. auch dann eine Standortplanung vorzunehmen, wenn bauliche Anlagen nach den maßgeblichen immissionsschutzrechtlichen Maßstäben – hier den Grenzwerten der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchV) – unbedenklich sind, um Vorsorgemaßnahmen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu treffen und sie vor übermäßiger Strahlung von Mobilfunksendern bestmöglich zu schützen und zugleich eine geordnete mobile Erreichbarkeit zu gewährleisten.
4. ein Kataster mit den bestehenden Belastungen durch Mobilfunksender zu erstellen, um an allen Standorten in der Stadt Halle ~~den~~ **die** Vorsorgewerte für den Gesundheitsschutz (EU Richtwerte) zu erreichen. Bei Bedarf wird externer Sachverstand hinzugezogen.
5. im Anschluss die Mobilfunknetzbetreiber, Vertreter der Gesundheits- und Umweltschutzverbände, und die im Stadtrat vertretenen Fraktionen zu einem Runden Tisch einzuladen, um die unterschiedlichen Netzkonzepte für Mobilfunksender zu koordinieren.
6. für besonders sensible Bereiche (Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Altenheime und Krankenhäuser) aus Vorsorgegründen niedrigere Werte in den relevanten Bebauungsplänen festzusetzen oder sogenannte mobilfunkfreie Zonen auszuweisen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Baumfällliste

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, verwies auf die Baumfällliste und die vorliegende Mitteilung, zur beabsichtigten Erarbeitung eines Standortkonzeptes für Depotcontainer im öffentlichen Raum.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Schlüter-Gerboth, sachkundige Einwohnerin, fragte, wer die Entfernung des Efeus auf der Hofseite des Stadthauses veranlasst habe. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Jahn, DIE LINKE / Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte zur Thematik Fluglärm, welchen Kenntnisstand die Verwaltung über die Änderung der Flugrouten hat; ob die Verwaltung in der Fluglärmkommission etwas unternimmt, um diesen zu reduzieren; was die Verwaltung schon unternommen hat, um den Fluglärm zu minimieren und was zeitnah dazu geplant ist.

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, antwortete, die Stadt Halle (Saale) sei seit Jahren in der Fluglärmkommission vertreten. Frau Ruhl-Herpertz verwies zum Nachlesen auf die Resolution des Stadtrates zur Unterstützung des halleschen Ostens wegen nächtlichen Fluglärms von 30.01.2013. Sie führte weiter aus, die Fluglärmkommission hat rein empfehlenden Charakter; zusammengesetzt ist diese durch sächsische und sachsenanhaltinische Kommunen und Kreise, die Deutsche Flugsicherung, die verschiedenen Airlines und Logistikunternehmen. Die genaue Zusammensetzung und die Geschäftsordnung, sowie Protokolle sind nachlesbar auf der Homepage der Stadt Schkeuditz. Beschlussfassungen sind aufgrund der Zusammensetzung nicht einfach, da jede Kommune und jeder Kreis in erster Linie seine eigenen Anliegen verfolgt. Die Fluglärmkommission tagt zweimal im Jahr (Frühjahr und Herbst). Entscheidungswege sind daher relativ lang. Der Stadt Halle (Saale) ist es im März gelungen, eine Änderung in der Flugroute zu erzielen. Desweiteren möchte man eine bessere Verteilung auf den Bahnen erwirken, was in der stattfindenden Novembertagung weiter besprochen wird.

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, fragte, welche Möglichkeit die Verwaltung sieht, den Umweltkalender weiterzuführen. Sie bittet um einen Vorschlag. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Herr Scholtyssek, Ausschussvorsitzender, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.11.14

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
Stellvertretende Protokollführerin